

Plädoyer für Kontexte

von Reiner Bernstein¹

Seit den fünfziger Jahren beschäftige ich mich mit jüdischer Geschichte – kein persönlicher Spleen für jemand, der das Ende des Zweiten Weltkrieges mehr oder minder bewusst miterlebt hat. Mein Schülerinteresse konzentrierte sich auf die Zeit des Nationalsozialismus, bevor es sich auf die Epochen seit der Aufklärung und der staatsbürgerlichen Emanzipation der Juden in Mitteleuropa erweiterte. Wie selbstverständlich belegte ich nach dem Abitur an der FU Berlin Vorlesungen und Seminare bei dem 1938 aus Deutschland geflohenen Adolf Leschnitzer, der abwechselnd am City College in New York und am Friedrich-Meinecke-Institut lehrte. Parallel dazu war ich gemeinsam mit Lehrern an der Vorlage von Unterrichtsmodellen zur jüdischen Geschichte für Berliner Gymnasien beteiligt.

Der Staat Israel lag für mich damals im fernen Nahen Osten. Diese Achtlosigkeit wurde durch die Bibliothekarin der Wiener Library in London durchbrochen, in der ich einen Teil meiner Dissertation über den Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens vorbereitete. Sie stürmte im März 1965 auf mich zu, um mir aus den Zeitungen Meldungen über die Gespräche Kurt Birrenbachs in Israel vorzulesen, die zwei Monate später auf den Beginn der diplomatischen Beziehungen hinausliefen. Zurück in Berlin konnte ich zwar mein Missbehagen über die politische Symbolik nicht verbergen, die von der Wahl eines Wehrmachtsoffiziers zum ersten deutschen Botschafter ausging – hier brach sich mein Interesse für die Zeitgeschichte Bahn –, aber seither war meine Arbeit „zweigleisig“ angelegt. Vielleicht gehöre ich deshalb zu denjenigen, die auf dem Hintergrund jüdischer Philosophie- und Politikgeschichte manche Vorgänge in Israel anders als jene beurteilen, die umstandslos in den sogenannten Nahostkonflikt eingestiegen sind. Im Herbst 1967 besuchte ich im Rahmen einer Berliner Delegation erstmals Israel.

Vom Saarländischen Rundfunk zur Deutsch-Israelischen Gesellschaft

Zwei Jahre später wurde mir über einen Berliner Freund die Leitung des Bonners Büros der Deutsch-Israelischen Gesellschaft angeboten. Ich führte damals ein beruflich interessantes Leben beim Saarländischen Rundfunk in Saarbrücken, doch Bonn reizte mich, zumal da sich diese Anfrage auf Ernst Benda berief, der 1965 im Bundestag eine äußerst wichtige Rede zur Verjährung von NS-Verbrechen gehalten hatte; auch hier trat jenes Span-

¹ Der Beitrag ist erschienen in der vom Deutsch-Israelischen Arbeitskreis für Frieden im Nahen Osten e.V. herausgegebenen Zeitschrift „israel & palästina“ 2/2005.

nungsfeld zwischen jüdischer Geschichte und nahöstlicher Gegenwart zu Tage. Dass Bendas Zeit als Bundesinnenminister der Großen Koalition mit den Notstandsgesetzen in der Schusslinie der 68er stand, war für mich von geringerem Gewicht, weil ich auf die Kräfte der Demokratie vertraute, die von Willy Brandt ermutigt wurden.

Am 2. Januar 1971 trat ich mein Amt in Bonn an, und je länger ich die Lobbyarbeit in Verbänden und Ministerien betrieb, desto klarer wurde mir, dass zwischen den regierungsamtlichen Stellungnahmen zur Politik Israels und den wenig freundlichen Äußerungen von Beamten und leitenden Angestellten hinter vorgehaltener Hand ein himmelweiter Unterschied lag. Dies hing nach meiner Einschätzung zum einen damit zusammen, dass das äußerst selbstbewusste Auftreten mancher israelischer Repräsentanten in den Ämtern manches Stirnrunzeln hervorrief, zum anderen bot die israelische Politik in der Westbank und im Gazastreifen reichlich Stoff für kritische Kommentare, und schließlich schimmerte ein Stück Selbstgerechtigkeit durch die Äußerungen nach dem Motto „Lasst uns über den Gräbern der Toten die Hände reichen: Wir damals, Ihr heute“.

Andererseits entsinne ich mich einer Szene beim Besuch des damaligen Staatspräsidenten Zalman Shazar in dessen Jerusalemer Residenz, als Mitglieder des DIG-Präsidiums nach der üblichen Grußadresse von einem Offizier aus der Entourage des Präsidenten beiseite genommen wurden: Unser „Eintreten für das Recht Israels auf ein Leben in sicheren und verteidigungsfähigen Grenzen“ quittierte er mit der trockenen Bemerkung: „Dafür sorgen wir schon selbst.“ Wir reagierten beschämt, weil uns dämmerte, dass wir den Mund zu voll genommen hatten.

Trennung von der DIG

Die vereinsinternen Spannungen nahmen zu; daran konnte auch Heinz Westphal, DIG-Präsident seit 1971, nichts ändern. Bei einer Veranstaltung in Berlin wurden wir aufgefordert, uns gleichermaßen für die Rückkehr in die ehemals deutschen Gebiete jenseits von Oder und Neiße wie für Israels legitime Präsenz in „Judäa und Samaria“ einzusetzen – für mich ein unmöglicher Spagat. Also kam es, wie es kommen musste: Nach einer Reise mit einer Berliner Multiplikatorengruppe im November 1976, bei der wir auch den stellvertretenden arabischen Bürgermeister von Nazareth besuchten, erschien in „Maariv“ ein Beitrag der Bonner Korrespondentin, in dem ich beschuldigt wurde, die DIG ins Fahrwasser der PLO treiben zu wollen. Es folgte ein Ultimatum des damaligen Botschafters Yohanan Meroz, und am 14. Mai 1977 wurde mir der Rücktritt „im gegenseitigen Einvernehmen“ nahegelegt.

Drei Tage später ging Menachem Begin als Sieger aus den Parlamentswahlen hervor. Es folgte ein Auszug einiger Mitglieder aus

der Gesellschaft, an dem sich Rolf Rendtorff, Ulrich Kusche und Klaus Thüsing beteiligten; wie tief der Riss ging, war daran zu ermessen, dass führende Vertreter der DIG auch Jahre später von einer „Spaltung“ sprachen. Meroz widmete in seinen Erinnerungen an Bonn dem Konflikt viele Seiten. Im Herbst fand die Gründung des DIAK in der Katholischen Akademie Schwerte statt. Manche Mitglieder des DIG-Präsidiiums haben mich später angerufen, um sich für ihr schwaches politisches Rückgrat zu entschuldigen.

Seit jener Reise Ende 1976 gehört die These zu meinen politischen Überzeugungen, dass zu den Voraussetzungen des Friedens zwischen dem jüdisch-israelischen und dem arabisch-palästinensischen Volk die staatsbürgerliche Gleichstellung des arabisch-palästinensischen Bevölkerungsteils in Israel gehört. Sie ist die förmliche Nagelprobe für die politische Glaubwürdigkeit der stärkeren Partei in diesem Konflikt: Solange der arabische Sekundärstatus in Israel anhält, so lange bleiben politische Hoffnungen für einen Staat Palästina stark eingetrübt. Dies habe ich meinen israelischen Freunden von der „Genfer Initiative“ mit Yossi Beilin und Yasser Abed Rabbo an der Spitze mitgeteilt, für deren Regelungsmodell ich hierzulande werbe, und bin froh darüber, dass inzwischen auch arabische Kollegen im Tel Aviver Büro mitarbeiten. Dass ich selbst viele Jahre lang an einen „binationalen“ Staat geglaubt habe, war auf meine Lektüre der Schriften des „Brit Shalom“ und das schnell wachsende demographische Gewicht des arabischen Bevölkerungsteils in Israel zurückzuführen. Mittlerweile folge ich – um ein Wort von Faisal Hussein aufzunehmen – der Auffassung, dass das palästinensische Volk die historische Sekunde der nationalen Souveränität und Unabhängigkeit spüren muss, bevor sich weitere politische Optionen entwickeln können.

Schwierige Ausgewogenheit

Die Spekulation darüber, welche von ihnen jemals das Licht der Öffentlichkeit erblicken, ist müßig. Entscheidend ist, dass beide Völker aufeinander zugehen. Bei meinen Verbindungen nach beiden Seiten habe ich mich nicht von Ansprüchen der uneingeschränkten Solidarität für diese oder jene abbringen lassen, auch wenn diese Art der „Ausgewogenheit“ nach wie vor Unverständnis hervorruft: Mir geht es nicht um die eine oder andere (Partei-)Politik, sondern um die Menschen. Wer sich an öffentlichen Debatten beteiligt und den mannigfachen Tagungsverkehr in Sachen Nahost im Auge behält, kommt um den Eindruck nicht herum, dass viele Diskutanten mit argumentativ polarisierenden Beiträgen den Konflikt verlängern und nach Mitteleuropa importieren wollen, weil sie ansonsten ihre Feindbilder verlieren könnten. Es gehört nach meinen Erfahrungen überhaupt zu den Merkmalen europäischer Debatten, durch die einseitige Betonung unheilvoller Vorgänge in der Region das eigene Nachdenken und daraus zu ziehende Konsequenzen zu vermeiden. Diese Neigung reicht bis in die Etagen politischer Entscheidungsträger hinein. Doch wer sich

einen selbstkritischen Blick versagt, bindet sich die Hände des politisch glaubwürdigen Handelns.

Die israelisch-palästinensische Konfrontation spielt mit Gewissheit eine Schlüsselrolle im Nahen Osten. Aber ich plädiere für Kontextualisierungen. Ein Frieden zwischen Israelis und Palästinensern wird nur dann Bestand haben, wenn die anderen Konfliktpotentiale angemessene Aufmerksamkeit finden. Zu ihnen gehört die Aufmerksamkeit für innerarabische Entwicklungen. So hat 2002 der „Arab Human Development Report“ der Vereinten Nationen die Freiheit der Meinungsäußerung und der Versammlung und die Rechtsstaatlichkeit angemahnt, eine allen zugängliche Bildung verlangt, zur Erweiterung der Forschungskapazitäten sowie zum Anschluss an Kommunikationstechnologien ermutigt und zu kognitivem, kritischem Denken aufgefordert.

Aus Jordanien werden zahlreiche „Ehrenmorde“ an Frauen gemeldet. Wer sich vor Augen führt, dass nach Schätzungen 1,2 Milliarden US-Dollar arabischen Kapitals im Westen untergebracht sein sollen, kommt an der Schlussfolgerung nicht vorbei, dass ihnen eine enorme Verantwortung für die Gestaltung der Zukunft zuzumuten ist. Doch machen erste, wenn auch noch schwache zivilgesellschaftliche Kräfte von sich reden. Der Wind des allmählichen Wandels thematisiert die Präsenz syrischer Truppen im Protektoratsstaat Libanon, stemmt sich gegen eine fünfte Amtsperiode Hosni Mubaraks in Ägypten und macht auch vor Saudi-Arabien nicht halt. Überall werden Reformen angemahnt. Sie brauchen kein westliches Zureden, ja es wird immer deutlicher, dass die Einmischung die demokratische Neuordnung behindert.

Politik und Religion

Seit langem interessieren mich die Schnittpunkte zwischen Politik und Religion. Denn den israelisch-palästinensischen Konflikt analytisch auf eine reine Auseinandersetzung um Territorien zu reduzieren, führt in die Irre. Schon in der Frühgeschichte des Zionismus scheiterten Ansätze des Ideals vom „neuen Juden“ ohne Judentum; Anfang der dreißiger Jahre legte der erste Präsident der Hebräischen Universität, der säkulare Judah L. Magnes, eine kleine Schrift unter dem Titel „Wie alle Völker?“ vor, in der die Frage der politischen Moral sowie das Unbehagen an der zionistischen Reduktion auf ein Projekt der Einwanderung von Verfolgten und des Aufbaus des Landes zum Ausdruck kam, die *nolens volens* zu Lasten der arabischen Mehrheitsbevölkerung gingen. Der ehemalige israelische Außenminister Shlomo Ben-Ami hat in seinem Buch „Ein Platz für alle“ (Tel Aviv 1998) zur Begründung der jüdischen Präsenz im Nahen Osten die Symbiose aus Land und Erinnerung bezeichnet.

Auf arabisch-palästinensischer Seite haben wir es mit einem ähnlichen, aber territorial entgrenzten Phänomen zu tun. Während in

Israel der Bileam-Fluch vom „Volk, das allein lebt“ (Num. 23,9) den Rang einer ethnozentrischen Maxime erklommen hat, ist der arabische Islam mit dem Konzept der „umma“, der islamischen Weltgemeinschaft, eine missionierende Religion mit politischen Ansprüchen nach innen und nach außen, und zwar jenseits von „al-Qaida“ und anderen fundamentalistischen Strömungen. Die von Israelis und Palästinensern erarbeitete „Genfer Initiative“ legt deshalb nicht nur eine detaillierte Regelungsskizze für alle ungelösten Konfliktprobleme vor (Zweistaatenlösung, jüdische Siedlungen, Flüchtlinge, Jerusalem und Sicherheitsfragen), sondern sie ist darüber hinaus der Versuch, das Gewicht der Religionen in der Politik und im öffentlichen Leben in die Schranken zu weisen. Misslingt dieses Bemühen, ist nicht erkennbar, wer den Aufstieg religiös-extremistischer Kräfte und mit ihm die Verschärfung des Konflikts bis hin zum Antagonismus stoppen soll.

Die „Genfer Initiative“

Der Text der „Genfer Initiative“ ist weit von einer unrealistischen Utopie entfernt. Auf den Ideen und Forderungen aufbauend, die in den vergangenen Jahrzehnten hinsichtlich der Zweistaatenlösung immer wieder vorgetragen worden sind, ist er einen entscheidenden Schritt weitergegangen: Sie präsentiert differenzierte Regelungsangebote, die nicht von außen oktroyiert werden, sondern aus der Mitte beider Gesellschaften kommen. Zwar bedürfe sie an verschiedenen Stellen der Komplettierung und Nachbesserung im Zuge der Schlussverhandlungen zwischen den politisch Verantwortlichen beider Seiten, aber das Gerüst für den künftigen Friedensvertrag steht, wovon in anderen Teilen des Nahen Ostens mit ihren multiplen Problemen bislang keine Rede sein kann. Der Historiker und Jerusalem-Experte Menachem Klein von der Bar-Ilan-Universität, der zum inneren Zirkel des israelischen Teams gehört, hat prognostiziert, dass der endgültige Friedensvertrag zu neunzig Prozent die Vorgaben der „Genfer Initiative“ abschreiben werde.

Es ist auffällig, dass in den vergangenen Jahren immer häufiger nachgefragt wird, ob Kritik an der israelischen Politik mit Antisemitismus gleichzusetzen sei. Viele kluge und differenzierende Aufsätze sind dazu geschrieben worden, ohne dass ein Debattenfortschritt erkennbar wäre. Eines fällt mir auf: Nachdem Israel in der deutschen Bevölkerung auf den hinteren Plätzen gelandet ist, pendeln Unmut und Missfallen zwischen Aggressivität und Hilflosigkeit. Was den Diskussionen mehr denn je fehlt, ist jene wissen- de Unbefangenheit, die der einstige Israel-Korrespondent der „Frankfurter Allgemeinen“ Moshe Tavor eingefordert hat. Wenn deutsche Juden sich gegen kritische Äußerungen zu Israel verhalten, mag dies als beschwerlich oder gar ärgerlich empfunden werden. Dabei ist die Politik Israels gegenüber den Palästinensern unter Juden in aller Welt längst ins Gerede gekommen. Zu einem öffentlichen und damit politischen Faktor wird diese Kritik aber erst

dann, wenn ihre Träger mit der Gewissheit rechnen können, dass sie nicht missbraucht wird. Vertrauen gehört zu den unumgänglichen Voraussetzungen für den offenen Dialog.